

1 Einleitung

2

3 Die SPD Bergstraße ist bereit. Bereit, Verantwortung für den Kreis und seiner Bürgerinnen und Bürger
4 zu übernehmen und den Kreis sozial gerecht zu gestalten. Keine Partei hat wie wir über 150 Jahre
5 Erfahrung im Umsetzen unserer Leitlinien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in kommunaler
6 Verantwortung. Dies möchten wir ab dem Jahr 2016 auch wieder in Regierungsverantwortung im
7 Kreis Bergstraße tun. Wir haben die Kompetenz für soziale Gerechtigkeit und wollen dies auch in
8 unserem Kreis wieder zeigen.

9 Die inhaltlichen Leitlinien dieses Anspruchs sind im folgenden Programm dargelegt. Wesentliche
10 Stützpfeiler sind für uns die folgenden 10 Punkte, die wir sofort nach Übernahme der Verantwortung
11 im Kreis umsetzen wollen.

12

- 13 1. Wohnraum für alle: Stärkung des geförderten Wohnungsbaus.
- 14 2. Vorfahrt für den ÖPNV: Bildung einer kreiseigenen Nahverkehrsgesellschaft.
- 15 3. Mehr Demokratie wagen: Echter Behindertenbeirat und Jugendvertretung für den Kreis.
- 16 4. Den Odenwald nicht abhängen: Kampf für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung.
- 17 5. Der Landesregierung weiter Paroli bieten: Einsatz für eine bessere kommunale
18 Finanzausstattung.
- 19 6. Kein Kind zurücklassen: Gute Bildung durch Fortsetzung des Schulbauprogramms und
20 Ausbau der Schulsozialarbeit.
- 21 7. Standortvorteil besser nutzen: Digitale Infrastruktur durch Breitband und W-Lan-Hotspots
22 schaffen und Industrie 4.0 entschieden angehen. Die Energiewende als Chance für Wertschöpfung
23 vor Ort verstehen.
- 24 8. Ehrenamt: Unterstützen und durch konkrete Maßnahmen wie Ehrenamtscard und
25 Vereinsförderung würdigen.
- 26 9. Integration: Ehrenamtliche Helfer müssen hier durch das Hauptamt unterstützt werden.
27 Integration heißt unkomplizierte Hilfe bei Spracherwerb, Praktika und Arbeit.
- 28 10. Gute Arbeit: Zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen mit gutem Einkommen muss die
29 wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig vorangebracht werden. Der Kreis muss Vorbild sein: Wir
30 setzen auf Tariftreue in der Auftragsvergabe.

31

32

33 Biblis-Nordheim, den 23.1.2016

Solide Finanzpolitik

1
2 Die Reduzierung des Defizits und die langfristige Sicherstellung der kommunalen Finanzen ist das
3 oberste Gebot. Unser Ziel als Sozialdemokraten ist es, durch verantwortungsvolle Politik im Sinne
4 aller Menschen die Schulden des Kreises in den Griff zu bekommen. Dies ist eine Herausforderung,
5 die nur mit großer Anstrengung und einer aktiven Politik, um Einnahmen zu steigern und
6 Aufwendungen zu minimieren, gemeistert werden kann. Das kann nur mittelfristig gelingen, aber
7 deswegen dürfen die Bemühungen nicht nachlassen.

8
9 Zunächst müssen alle Ausgaben überprüft und wo möglich reduziert werden. Die aktuelle
10 Geldverschwendung sieht man beispielhaft an den Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und
11 Repräsentation. Diese Ausgaben sind inzwischen auf über eine halbe Million Euro pro Jahr
12 angestiegen. Auch diese Mittel werden durch die Kreisumlage aufgebracht und müssen deshalb von
13 den Städten und Gemeinden bezahlt werden und dort an anderer Stelle eingespart werden. Diese
14 Ausgaben müssen wieder auf ein vernünftiges Maß reduziert werden. Die Aufblähung in diesen
15 Bereichen in der Verwaltung ist unverantwortlich, insbesondere unter dem Aspekt, dass in anderen
16 Bereichen massiv eingespart wurde. Ein weiteres Beispiel sind die Ausgaben für die Vermarktung des
17 Nibelungenlandes: Statt in Kooperation mit unseren benachbarten Landkreisen gemeinsam die
18 Destinationen Bergstraße und Odenwald touristisch zu vermarkten, wird das Kunstprodukt
19 Nibelungenland jährlich mit rund 400.000 Euro finanziert.

20
21 **Der Weg in die Zukunft: Aktiv handeln statt ohnmächtig reagieren**
22 Schnell wirkt sich eine wirtschafts- und beschäftigungsfördernde Politik positiv auf die Einnahmen
23 aus. Es müssen Rahmenbedingungen für gute Arbeit zusammen mit den Städten und Gemeinden
24 geschaffen werden, damit die Gewerbesteuer- und Einkommenssteuereinnahmen steigen. Über die
25 Kreisumlage profitiert der Kreis dann auch von den höheren Steuereinnahmen in den Städten und
26 Gemeinden. Dies ist eine zentrale Aufgabe der Kreispolitik in den nächsten Jahren.

27 Mit Einsparungen allein ist das Defizit nicht mehr in den Griff zu bekommen, allerdings fallen die
28 Steuereinnahmen im Kreis Bergstraße unterdurchschnittlich aus. Der Grund dafür ist dass die
29 Menschen im Kreis ein unterdurchschnittlich hohes Einkommen haben. Wenn es Arbeit mit guten
30 Löhnen gibt, dann profitieren alle davon.

31 Die SPD hat in den vergangenen Jahren die großen Anstrengungen im Schulbau des Kreises
32 unterstützt. Nicht akzeptiert hat die SPD allerdings die enormen Kostensteigerungen bei einzelnen
33 Schulbaumaßnahmen, hier hat eine gewisse finanzielle Sorglosigkeit der CDU-geführten Koalitionen
34 zu der schlechten finanziellen Entwicklung des Kreises entscheidend beigetragen.

35 Unsere Kritik am Ausgabegebaren des Kreises zielt auf die hohen Aufwendungen im
36 Verwaltungsbereich, u.a. bei der Öffentlichkeitsarbeit und den Repräsentationen, wo von
37 Sparsamkeit keine Rede sein kann.

38 Auch wichtig für uns ist das Erschließen neuer Bereiche, wie Energie und Gesundheit, um
39 Einnahmequellen zu generieren.

40 Die richtige Forderung an Bund und Land nach einer angemessenen finanziellen Ausstattung für die
41 Pflichtaufgaben vor Ort setzt selbstverständlich auch eine solide Finanzpolitik im Kreis Bergstraße
42 voraus.

43
44
45 **Kommunale Interessenvertretung stärken**

46 Die finanzielle Situation ist derzeit in allen Kommunen sehr angespannt. Durch Entscheidungen vom
47 Land Hessen wurden die Einnahmen der Kommunen um Millionen reduziert. So verliert der Kreis
48 Bergstraße allein durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die Kürzung des kommunalen
49 Finanzausgleiches über 10 Millionen Euro pro Jahr. Wenn es zu keinem Kostenausgleich für die
50 vorgenommene Steuersenkungspolitik gibt, droht der Ausverkauf der kommunalen Einrichtungen.

1 Die öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort ist ein ganz wichtiger Bestandteil unseres Staates. Dies muss
2 auf Dauer gewährleistet werden. Der Angriff auf die Finanzen der Städte und Gemeinden vom Land
3 kann nicht mit ein paar Einsparungen kompensiert werden. Es geht darum, ob es weiterhin in dem
4 Umfang öffentliche Einrichtungen und Angebote wie Büchereien, Seniorentreffs, Volkshochschulen
5 und eine Vereinsförderung geben wird. Der Kreis und die Städte und Gemeinden brauchen starke
6 Fürsprecher, die sich ehrlich und ohne Rücksicht auf Parteifreunde im Land für ihre Interessen
7 einsetzen.

9 **Aktive Sozial- und Jugendpolitik**

10 Ein großer Teil der Ausgaben entstehen im Sozial- und Jugendbereich. Eine Reduzierung der
11 Standards kommt nicht in Frage. Daher wird eine aktive Politik gebraucht, die den Menschen hilft auf
12 Dauer für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Eine aktive, zukunftsorientierte Politik muss den
13 Menschen frühzeitig so helfen, dass erst gar kein Anspruch auf Transferleistungen entsteht. Auch
14 müssen Menschen, die aktuell auf Hilfen angewiesen sind, so unterstützt werden, dass sie
15 schnellstmöglich aus eigener Kraft ihr Leben bestreiten können. Das gebietet schon der Respekt vor
16 jedem einzelnen Menschen. Dazu müssen eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt und miteinander
17 verzahnt werden.

19 **Beschäftigungsförderung und Qualifizierung**

20 Viele arbeitsuchende Menschen brauchen weitere Qualifizierung und Unterstützung, um auf dem
21 Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Die Vermittlung von Arbeitssuchenden in Jobs mit Löhnen
22 unterhalb des Mindestlohns wird sofort beendet. Auch im Kreis Bergstraße muss endlich eine echte
23 Qualifizierung und die Vermittlung in gute Arbeit stattfinden. So gibt es auf Dauer weniger
24 „Aufstocker“ und es wird Leistungsbezug vermieden – im Sinne der Betroffenen.
25 Der Vergleich mit anderen hessischen Landkreisen zeigt deutlich, dass dies möglich ist.

27 **Vorsorge ist besser als Nachsorge**

28 Gerade in der Jugendhilfe kann eine gute Prävention in vielen Fällen verhindern, dass später teure
29 Hilfen notwendig werden. Die präventiven Maßnahmen müssen daher gestärkt werden und als
30 gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden. Dafür muss der Kreis die Zusammenarbeit mit
31 den Netzwerken vor Ort intensivieren und wieder ein zuverlässiger und verbindlicher Partner
32 werden. In den Städten und Gemeinden gibt es vielfältige Initiativen, sowohl der Kommunen als auch
33 ehrenamtliche. Durch eine Vernetzung können die zur Verfügung stehenden Mittel effizienter und
34 zielgerichteter eingesetzt werden.

36 **Überprüfung der Verwaltungsstrukturen auf allen Ebenen**

37 Unabdingbarer Bestandteil einer Konsolidierung ist die Überprüfung der Notwendigkeit der Vielzahl
38 deren Notwendigkeit kritisch hinterfragt werden kann und muss. In vielen Bereichen bestehen
39 Doppelstrukturen, mit Unteren und Oberen Behörden zwischen den Landkreisen und dem
40 Regierungspräsidium. Diese Struktur ist ineffizient; daher muss der Kreis Bergstraße sich für die
41 Auflösung der Oberen Behörden stark machen.

43 **Langfristige Personalplanung**

44 Im Zuge der Haushaltskonsolidierung ist es unumgänglich, die Stellenbesetzungssperre konsequent
45 umzusetzen. Um auch langfristig sowohl die Personalkosten in einem vernünftigen Rahmen zu halten
46 als auch die Aufgaben bestmöglich zu erfüllen, braucht der Kreis Bergstraße dringend ein
47 Personalentwicklungskonzept. Dies schuldet man schon allein der Transparenz und dem Arbeitsklima
48 im Landratsamt.

50 **Bürgerkommune stärken**

51 Wir brauchen eine ergebnisoffene Aufgabenkritik, dabei soll dem Subsidiaritätsprinzip mehr
52 Beachtung geschenkt werden. Verantwortung und Entscheidungsgewalt müssen so weit unten wie

1 möglich angesiedelt werden. Nur was von den Städten und Gemeinden nicht geleistet werden kann,
2 wird als Aufgabe des Landkreis übernommen. Die Menschen in den Städten und Gemeinden sind
3 Verantwortungsgemeinschaften, deren Engagement zu stärken, neu zu entdecken und zu fördern ist.

4 5 **Interkommunale Zusammenarbeit**

6 Es gibt viele gute Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen im Kreis und auch über
7 Landkreisgrenzen hinweg. Diese können als Beispiel für andere dienen. Der Bereich interkommunale
8 Zusammenarbeit muss stark ausgebaut werden. Dies macht die Arbeit effizienter. Wichtig ist, dass
9 dauerhaft gewährleistet ist, dass die Bürger vor Ort in jedem Rathaus kompetente Ansprechpartner
10 haben.

11 12 **Partner der Städte und Gemeinden**

13 Der Landkreis versteht sich als Partner der 22 kreisangehörigen Kommunen. Mit diesem Leitmotiv
14 der Kreispolitik ist in Zukunft gewährleistet, dass der Kreis auch keine Entscheidungen mehr zu Lasten
15 der Kommunen trifft. Dies bedeutet allerdings auch, dass eine Erhöhung der Kreisumlage, auf Grund
16 verschwenderischer, unsinniger Maßnahmen der Kreisspitze und ihrer momentanen
17 Kreistagsmehrheit abgelehnt wird. Die Zeche für die Prestigeobjekte des Kreises sollen nicht
18 weiterhin von den Menschen in den Städten und Gemeinden bezahlt werden müssen.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

1 **Jugendhilfe – Sozialhilfe = Jugendpolitik – Sozialpolitik**

2 Aufgabe der Sozialhilfe ist es, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen,
3 das der Würde des Menschen entspricht.

4
5 Die Jugendhilfe ist eine verantwortungsvolle Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Junge Menschen
6 benötigen grundsätzlich Hilfe und Unterstützung, um ihren Weg ins Leben zu finden. Die
7 Herausforderungen wandeln sich dabei ständig, nicht zuletzt durch die zunehmende Bedeutung
8 neuer Medien und Kommunikationswege. Das Jugendamt hat die vorrangige Aufgabe, allen jungen
9 Menschen und ihren Familien Hilfe und Unterstützung im notwendigen Maß zu gewähren.

10
11 Damit die Aufgaben der Sozial- und Jugendhilfe angemessen erfüllt werden können, fordert die SPD
12 eine entsprechende Ausstattung der zuständigen Ämter mit ausreichend finanziellen Mitteln und
13 Personal.

14

15 **Bezahlbarer Wohnraum**

16

17 Die SPD setzt sich für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen ein. Sie unterstützt Städte und
18 Gemeinden sowie deren lokalen Wohnungsbaugesellschaften bei ihren Anstrengungen im Bereich
19 des sozialen Wohnungsbaus. Die Übernahme der „Kosten der Unterkunft“ muss so angepasst
20 werden, dass es ausreichend ist, die tatsächlichen Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt im Kreis
21 Bergstraße bezahlen zu können.

22 **Inklusion = Teilhabe: Selbstverständlich und überall!**

23 Das Leitbild des Kreises Bergstraße ist die Grundlage der SPD-Forderungen: „Inklusion von Menschen
24 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss in allen Lebensbereichen verankert werden.

25 Die Kreisteilhabekonferenz hat im Hinblick auf eine notwendige Kultur der Anerkennung von
26 Verschiedenheit gute Ansätze entwickelt. Mittelfristig setzt sich die SPD jedoch dafür ein, dass der
27 Kreistag einen Behindertenbeirat etabliert: „Menschen mit Behinderung müssen mehr als bisher
28 gefragt, angehört und ernst genommen werden, bei allen Belangen, die sie betreffen.“

29 **Demografischer Wandel**

30 Das Leitbild ist und bleibt die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den unterschiedlichen
31 Regionen im Kreis. Jede Kommune soll in die Lage versetzt werden, den Anforderungen des
32 demografischen Wandels gerecht zu werden. Unser Augenmerk gilt hier ganz besonderes auch dem
33 ländlichen Raum, wo z.B. eine ausreichende ärztliche Versorgung sichergestellt werden muss.

34 Die Pflegestützpunkte und Seniorenberatungsstellen müssen unbedingt erhalten werden.

35

36 **Kooperation mit sozialen Institutionen**

37

38 Soziale Gerechtigkeit ist der Maßstab der SPD für ihr politisches Handeln im Landkreis. Hierbei
39 setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit den vorhandenen sozialen Netzwerken, der Liga der
40 freien Wohlfahrtsverbände und der Vereine, denn deren Arbeit ist unerlässlich für den
41 gesellschaftlichen Zusammenhalt.

42 Das vorhandene soziale Netzwerk braucht verbindliche organisatorische Strukturen für die Träger
43 und Betroffenen.

44

45 **Willkommenskultur/Integration von Flüchtlingen**

1 Im Kreis Bergstraße leben zum Teil seit Jahrzehnten Migrantinnen und Migranten. Es ist eine
2 bedeutende Chance und eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Die Integration ist daher eine
3 wichtige Zukunftsaufgabe auch im Kreis Bergstraße. Damit diese gelingen kann setzt sich die SPD für
4 ausreichende Wohn- und Betreuungsangebote ein, ebenso wie für angemessene Sprachkurse, da
5 diese der Schlüssel für eine gelingende Integration, auch auf dem Arbeitsmarkt sind. Die
6 außerordentlich zugewandte und gute Arbeit, die durch Ehrenamtliche im diesem Bereich geleistet
7 wird muss durch professionellen Einsatz ergänzt werden.

8 **Stärkung des Ehrenamtes**

9 Wichtig ist es, das gesamte ehrenamtliche Engagement weiter zu unterstützen und zu fördern. An
10 erster Stelle muss hierbei stehen, dass die Verbände und Vereine finanziell so unterstützt werden,
11 dass sie ihre Arbeit, auch unter sich veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, uneingeschränkt
12 anbieten können. Des Weiteren soll Unterstützung geleistet werden durch Fortbildungen, Ehrungen,
13 Finanzberatungen, genauso wie die verstärkte Vernetzung und Beratung vor Ort.
14 Die Jugendarbeit in Vereinen und Verbänden soll auch zukünftig als Schwerpunkt der
15 Vereinsförderung des Kreises angesehen werden

16

17 **Präventive Jugendarbeit**

18 Hier müssen bestehende Angebote weiterentwickelt werden. Beratungsinstitutionen, Jugendpflege
19 und Schulsozialarbeit müssen erhalten und ausgebaut werden. Präventive Angebote durch
20 frühzeitige Hilfen müssen durch Beratungen auch schon in Krippen, Kindertagesstätten und
21 Grundschulen allen Betroffenen zugänglich gemacht werden.

22 **Kommunales Jugendbildungswerk (KJBW)**

23 Die Arbeit des kommunalen Jugendbildungswerks muss gestärkt und den heutigen
24 Herausforderungen angepasst werden. Ein Fokus sollte hierbei auf dem verantwortungsvollen
25 Umgang mit den neuen Medien liegen. Dabei gilt es auch die bewährte Arbeit auszubauen und.
26 Abzusichern. Ebenso ist es unverzichtbar, sich mit den bestehenden städtischen und ehrenamtlichen
27 Initiativen auf lokaler Ebene zu vernetzen und eine enge Zusammenarbeit zu pflegen.

28 **Krippen und Kindertagesstätten**

29 Gute Betreuungsangebote sind wichtige Standortfaktoren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
30 ist ein zentrales Anliegen der Sozialdemokraten im Kreis. Deshalb müssen ausreichend bezahlbare
31 Plätze zur Verfügung gestellt werden und die einzelnen Angebote (insbesondere die Öffnungszeiten)
32 müssen sich an der Arbeits- und Lebenswirklichkeit der Eltern orientieren.

33 **Erziehungshilfen**

34 Junge Menschen brauchen während ihrer Entwicklung grundsätzlich Orientierung, Führung und
35 Unterstützung. Es ist in erster Linie Aufgabe des Elternhauses, aber auch der gesamten Gesellschaft,
36 sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden.
37 Familien, die zusätzlicher Unterstützung bedürfen, sollten zeitnah die Maßnahmen der ambulanten
38 und stationären Jugendhilfe zugänglich gemacht werden.

39 **Förderung der Vereinsarbeit**

40 Die Vereine müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre bewährte Arbeit fortsetzen und
41 sich auch neuen Herausforderungen wie der Integration von Flüchtlingen und der Inklusion von
42 Menschen mit Behinderung stellen können. Das Engagement der Vereine in den Bereichen: Sport,
43 Ferienangebote und neue Medien sollte möglichst unbürokratisch gestaltet werden.

1 **Bildung: Kein Kind zurücklassen**

2 Die Maxime sozialdemokratischer Bildungspolitik lautet „Kein Kind zurücklassen“ und steht für
3 gerechte Bildungschancen für alle Kinder – unabhängig von ihrer Herkunft. Deshalb wollen wir im
4 Kreis Bergstraße gemeinsam mit Lehrern, Schülern, Eltern und anderen im Bildungsbereich Tätigen
5 die Rahmenbedingungen für eine konstruktive Umsetzung des gerade beschlossenen
6 Schulentwicklungsplanes gestalten. Das bedeutet, dass wir deren Sorgen und Probleme ernst
7 nehmen und auf Augenhöhe Lösungen erarbeiten.

8 Nach rund zehn Jahren musste auch die CDU-geführte Hessische Landesregierung einsehen, dass das
9 so genannte „Turbo-Abitur“ G8 mittels Verdichtung des Lehrstoffs in der Sekundarstufe ein Fehler
10 war. Statt die Schullandschaft durch G8 und G9 noch weiter zu zersplittern und Wohnortwechsel
11 auch innerhalb des Kreisgebietes zu erschweren, werden wir auf Landesebene darauf hinwirken, dass
12 durch ein Höchstmaß an individueller Förderung Schülerinnen und Schüler künftig selbst darüber
13 entscheiden können, ob sie auf dem Weg zu Abitur verkürzen wollen. An Stelle einer frühen
14 Aufteilung in Haupt-, Real- und Gymnasialschüler sehen wir als wichtigstes Ziel einer
15 zukunftsweisenden Schulentwicklung das längere gemeinsame Lernen und ein nach oben
16 durchlässigeres Schulsystem.

17 Ziel muss es sein, dass möglichst jedes Kind einen Schulabschluss erreicht, der ihm eine gute
18 Lebensperspektive und eine Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht. Auch angesichts der
19 demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels dürfen wir keine Kinder ohne
20 Schulabschluss zurücklassen. Dies bedeutet auch, dass wir mit Sprachförder- und Integrationskursen
21 Zuwanderer möglichst schnell in unser Bildungssystem integrieren. Dies setzt voraus, dass die
22 Zusammenarbeit des Kreises als Schulträger mit dem Hessischen Kultusministerium, dem Staatlichen
23 Schulamt, dem Jugendamt und mit Kindertagesstätten intensiviert werden muss..

24 **Schulbausanierung**

25 Im Kreis Bergstraße gibt es eine große Anzahl von Schulen mit unterschiedlichsten Schulformen. Mit
26 politischer Unterstützung der SPD wurden im Kreis viele unserer Schulen renoviert, modernisiert und
27 dem aktuellen Raumbedarf angepasst. Dennoch gibt es viel zu tun: Lehren und Lernen in Containern
28 soll es zukünftig nicht mehr geben. Wir stehen für angemessen ausgestattete und sanierte
29 Schulgebäude, die kontinuierlich und nachhaltig in Stand gehalten werden. Die Schulbausanierung
30 muss deshalb unter Berücksichtigung energetischer und pädagogischer Aspekte fortgesetzt und die
31 Prioritätenliste zeitnah abgearbeitet werden.

32 **Der Kreis als Schulträger**

33 Der Kreis als Schulträger ist neben Schulbau und Schulbausanierung auch für Hausmeisterinnen und
34 Hausmeister und Schulsekretärinnen und -sekretäre zuständig. Um Inklusion und den Ausbau von
35 Ganztagsangeboten erfolgreich umsetzen zu können, bedarf es neben engagiertem pädagogischem
36 Personal auch einer bedarfsgerechten Ausstattung von Schulen mit Sekretariats- und
37 Hausmeisterstellen.

38 Da ein Großteil der Bergsträßer Schülerinnen und Schüler auf Schülerbeförderung angewiesen sind,
39 werden wir uns dafür ansetzen, dass diese für Eltern im seitherigen Rahmen auch weiterhin
40 kostenfrei bleibt.

1 **Wohnortnahe Schulangebote stärken**

2 Bisher ist es gelungen, alle Schulstandorte zu erhalten. Auch zukünftig muss insbesondere für
3 Grundschulen gelten: „Kurze Beine – kurze Wege“ Deshalb gilt es, durch innovative Konzepte des
4 jahrgangsübergreifenden Unterrichts und einer verstärkten Zusammenarbeit von Schulen,
5 Schulschließungen zu verhindern und kleine Oberstufen zu erhalten. Damit trotz Rückgangs der
6 Schülerzahlen im ländlichen Raum wohnortnahe Schulangebote für alle Schulformen
7 aufrechterhalten werden können, muss der Kreis in Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt und
8 den Verantwortlichen vor Ort praxisnahe Lösungen anbieten.

9 **Optimale Förderung von Anfang an**

10 Neben der Familie werden in Kindertagesstätten die wichtigsten Grundlagen für den späteren
11 Lebensweg gelegt. Da Kitas sowohl Betreuung als auch gleichermaßen Bildung und Erziehung leisten
12 sollen, müssen sich die Träger von Kindertagesstätten auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Kreis
13 als Jugendhilfeträger verlassen können. - Insbesondere wenn es um qualifizierte Fortbildung und
14 Beratung der Fachkräfte und um die Umsetzung des Rechtsanspruches auf individuelle ganztägige
15 Förderung und Betreuung geht. Im Rahmen seiner Kinder- und Jugendhilfeplanung sollte der Kreis
16 unterstützend darauf hinwirken, dass die teilweise schon sehr gute Zusammenarbeit von
17 Kindertagesstätten und Grundschulen im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsplanes weiter
18 ausgebaut wird. Kindertagespflege als Baustein für ein durchgängiges Betreuungskonzept soll stärker
19 mit Kindertagesstätten vernetzt werden. Bezahlbare Plätze in Kindertagesstätten tragen nicht nur
20 dem Anspruch auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung, sondern sind auch wichtiger
21 Standortfaktor. Deshalb ist ein qualifiziertes Angebot für unter Sechsjährige nicht nur Aufgabe von
22 Städten und Gemeinden, sondern muss vom Kreis aktiv begleitet werden.

23 **Die „richtige“ Ganztagschule – Schule als Lebensraum**

24 Ganztagschule ist deutlich mehr als Betreuung am Nachmittag. Die SPD setzt auf rhythmisierte
25 Ganztagschulen mit Hausaufgabenhilfe, einem guten Mittagessen und Angeboten im Bereich Sport,
26 Kunst, Theater und Musik, die von jedem Schüler genutzt werden können. Dies setzt die
27 Zusammenarbeit mit Vereinen voraus und versteht sich als Angebot und nicht als Zwang. Dort, wo
28 Schulgemeinden das wollen, sollten sie sich in allen Schulformen zu „echten Ganztagschulen“
29 entwickeln können. Diese sind ein wichtiger Beitrag, um den Bildungserfolg von Kindern von ihrer
30 sozialen Herkunft zu entkoppeln. Der von der schwarz-grünen Landesregierung eingeführte „Pakt für
31 den Nachmittag“ bietet einigen Grundschulen im Kreis die Möglichkeit, ihr Betreuungsangebot
32 auszuweiten. Obwohl er kein pädagogisches Konzept beinhaltet, kostet er den Kreis aber viel Geld.
33 Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass zu einem familienfreundlichen Kreis auch
34 Ganztagsangebote an weiterführenden Schulen gehören und dass die Finanzierung dafür nicht
35 ausschließlich auf die Kommunen und die Eltern abgewälzt werden darf.

36 Wir wollen die politische Bildung an Schulen stärken: Die Arbeit der Kreisschülervertretung und des
37 Kreiselternbeirates soll weiterhin durch den Kreis finanziell unterstützt werden.

38 **Schulsozialarbeit und Jugendhilfe**

39 Für die größte Zahl der Schülerinnen und Schüler endet Förderung und Betreuung mit dem
40 Unterricht. Ein bedarfsgerechter Ausbau von Schulsozialarbeit bietet die Chance, frühzeitig Sucht-
41 und Gewaltprävention zu betreiben, Schulversagen zu verhindern und Jugendliche beim Übergang

1 von Schule in den Beruf zu begleiten. Weder das Land noch der Kreis darf sich hier nicht aus der
2 Verantwortung stellen und muss sich zu einer Drittel- Finanzierung von Land, Schulträger und
3 Kommune bekennen. Eine engere Zusammenarbeit und Vernetzung von Jugendhilfe und Schule ist
4 für uns dazu unabdingbar. Politische Jugendarbeit, wie sie in vielen Vereinen und Verbänden
5 erfolgreich geleistet wird, sollte ebenso wie politische Bildung an Schulen gestärkt werden.

6 **Integrations- und Sprachförderung für alle**

7 Sprache und Bildung sind die wichtigsten Faktoren für eine gesellschaftliche Teilhabe und
8 persönlichen Erfolg. Nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund, sondern auch Kinder, die
9 einsprachig Deutsch aufwachsen, bedürfen der Sprachförderung. Im Hinblick auf die steigende Zahl
10 an Asylbewerbern kommt Schulen und Kitas bei der Integrationsarbeit eine Schlüsselrolle zu. Und
11 deshalb muss der Kreis die Schulen bei der Aufnahme von Flüchtlingskindern unterstützen. Bei der
12 Organisation von Bildungsangeboten müssen Bund, Land und Kommunen besser zusammenarbeiten.
13 Dies betrifft nicht nur die Einrichtung von Sprachförderkursen, Intensivkursen für Seiteneinsteiger
14 und Vorlaufkurse. Um Kinder von Zuwanderern so schnell wie möglich in den schulischen
15 Regelbetrieb eingliedern zu können, sind auch integrative Angebote im kulturellen oder sportlichen
16 Bereich notwendig. Da der Kreis Bergstraße eine attraktive Wohn- und Arbeitsregion auch für
17 internationale Fachkräfte ist, sollte, auch als aktive Wirtschaftsförderung, mindestens eine
18 Internationale Schule in öffentlicher Trägerschaft etabliert werden.

19 **Bildung und Berufsvorbereitung**

20 Berufliche Bildung ist ein wichtiges Fundament der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres
21 Kreises. Keine Schülerin und kein Schüler darf in Zukunft ohne Schulabschluss und Berufsausbildung
22 bleiben. Unser duales System der Berufsbildung gilt weltweit als Erfolgsmodell, insbesondere im
23 Hinblick auf eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit. In enger Zusammenarbeit mit Industrie- und
24 Handwerksverbänden gilt es, unsere Berufsschulen zu stärken und junge Menschen vom Übergang
25 von Schule in einen Beruf zu begleiten und zu beraten. Dies setzt voraus, dass Berufliche Schulen
26 künftig bei Schulbaumaßnahmen stärker berücksichtigt werden.

27 Die sogenannten SchuB-Klassen tragen dazu bei, dass jedes Kind einen Schulabschluss bekommt. Um
28 zu verhindern, dass Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss die Schule verlassen, ist eine
29 Ausdehnung und ein frühzeitiger Beginn auf alle abschlussgefährdeten Haupt- und Realschüler
30 anzustreben. Deshalb wollen wir das SchuB-Programm fortführen und lehnen die überflüssige
31 Bürokratisierung durch die Überführung in das Landesprogramm „PuSch“ ab.

32 **Inklusion an Schulen**

33 Ein ganzheitliches Angebot von Frühfördermaßnahmen ist notwendig, um Kindern mit
34 Entwicklungsbeeinträchtigungen oder Behinderungen bestmögliche Chancen für die Entwicklung
35 ihrer Persönlichkeit zu geben. Gemäß der Behindertenrechtskonvention haben Kinder mit
36 körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen und Einschränkungen künftig einen
37 Rechtsanspruch auf gemeinsame Förderung und Beschulung mit anderen Kindern. Damit Kinder und
38 Jugendliche, die dies wünschen, eine Regelschule besuchen können, brauchen wir neben räumlichen
39 Veränderungen auch passgenaue Unterstützungssysteme. Der Kreis Bergstraße wird diese
40 Herausforderung nicht alleine stemmen können. Als Schulträger muss er mit klaren zeitlichen
41 Perspektiven die räumlichen Voraussetzungen (Barrierefreiheit) dafür schaffen, dass eine inklusive

1 Beschulung möglich wird. Dies wird nur in enger Abstimmung mit der Hessischen Landesregierung
2 möglich sein, welche für ausreichend sonderpädagogische Fachkräfte an Regelschulen verantwortlich
3 ist.

4 **Lebensbegleitendes Lernen**

5 Lebensbegleitendes Lernen ist gerade in Zeiten des schnellen technologischen und demografischen
6 Wandels ein wichtiger Faktor. Da Bildung nicht nur in der Jugend und nicht nur an Schulen vermittelt
7 wird, ist Weiterbildung und Erwachsenenbildung unverzichtbar. Gezielte Förder-, Qualifizierungs-
8 und Sprachprogramme gemeinsam mit unseren Volkshochschulen und Handwerks- und
9 Industrieverbänden sind ein wichtiger Baustein der Erwachsenenbildung und müssen bedarfsgerecht
10 weiterentwickelt werden.

11 Die SPD Bergstraße fordert, dass der außerschulischen politischen Bildungsarbeit im Kreis in Zukunft
12 ein starkes Gewicht zukommt. Eine demokratische Gesellschaft braucht mündige junge Menschen,
13 die sich für das Gemeinwesen engagieren und durch ihr Handeln Verantwortung für das Wohl der
14 Gesellschaft übernehmen.

15 Daher ist es für die SPD unerlässlich, die Mittel für Bildungsfahrten und Seminare von Jugendgruppen
16 (u.a. Jugendfeuerwehren und Sportvereine) unter dem Dach des Kreisjugendrings von aktuell knapp
17 150.000 Euro spürbar anzuheben.

18 Weiterhin spricht sich die SPD weiterhin dafür aus, Jugendliche auch vor Erreichen der Volljährigkeit
19 angemessen am politischen Leben zu beteiligen. Die SPD möchte daher die Arbeit des bestehenden
20 örtlichen Jugendräte unterstützen, besser vernetzen und strebt als nächsten Schritt die Bildung eines
21 Kreisjugendparlamentes mit Jugendlichen aus allen 22 Städten und Gemeinden an. Dieses gemäß
22 hessischer Gemeindeordnung bei allen Angelegenheiten, die Jugendliche betreffen, ein Anhörungs-
23 und Antragsrecht in Ausschüssen und im Kreistag erhalten.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

1 **Unsere Politik für Mobilität und Verkehr**

2 Menschen sind auf Mobilität angewiesen. Ob nun für den Weg zum Arbeitsplatz, in die Schule, zur
3 Ausbildung oder zum Einkaufen und in der Freizeit: zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben
4 müssen wir alle täglich mit unterschiedlichen Verkehrsträgern Wege zurücklegen – zu Fuß, mit dem
5 Fahrrad, mit dem Auto oder mit Bus und Bahn. Leider sind die Verkehrsverbindungen und -angebote
6 oft bei weitem nicht so gut, wie es nötig wäre. Die Bedingungen für Mobilität entscheiden auch, wie
7 attraktiv eine Gemeinde oder Stadt für ihre Bürger ist. Unsere Aufgabe muss sein, sicherzustellen,
8 dass alle Menschen im Kreis Bergstraße gleichermaßen mobil sein können.

9 Der Kreis Bergstraße liegt im Herzen Europas an der Schnittstelle der zwei wirtschaftsstarken
10 Metropolregionen Rhein-Neckar und Rhein-Main. Dies bietet enorme Chancen in der Region und
11 stellt entsprechende Anforderungen an Mobilität und Verkehrsinfrastruktur. Gute
12 Verkehrsverbindungen sowie ein flexibles Mobilitätsangebot sind wichtige Voraussetzungen, damit
13 der Kreis Bergstraße diese Chance nutzen kann und die Menschen davon profitieren. Investitionen in
14 eine moderne und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur sind eine wesentliche Voraussetzung für
15 nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und eine hohe Lebensqualität.

16 Leider sind diese Chancen immer stärker unterschiedlich verteilt. Viele Gemeinden besonders im
17 Odenwald, aber teilweise – je nach Wohnort und Stadtteil – auch in anderen Teilen des Kreises leiden
18 unter schlechten Verkehrsverbindungen und einem dünnen oder nicht vorhandenen Angebot an
19 öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV). Diesem Zustand muss entschieden entgegen gewirkt
20 werden, damit der ganze Kreis Bergstraße von der guten Lage zwischen den zwei Metropolregionen
21 profitieren kann.

22 Unsere Verkehrspolitik nimmt die großen Städte im Ried und an der Bergstraße genauso in den Blick
23 wie die kleineren Städte und Gemeinden im Odenwald und im Neckartal. Die Gleichwertigkeit der
24 Lebensbedingungen in allen Regionen des Kreises Bergstraße ist nicht nur ein Gebot der
25 Gerechtigkeit und zentral für die öffentliche Daseinsvorsorge, sondern auch ein harter
26 Standortfaktor.

27 **Verkehrswende bedeutet Energiewende**

28 Für die SPD erfordert eine moderne Verkehrspolitik das Leitbild einer sozialen und ökologisch-
29 nachhaltigen Verkehrswende. Eine zukunftsorientierte Verkehrswende muss als integraler
30 Bestandteil der Energiewende mitgedacht werden. Bezahlbare Mobilität wird langfristig nur zu
31 erhalten sein, wenn Infrastruktur, Verkehrsträger und Antriebe nachhaltig ressourcenschonend und
32 klimafreundlich sind. Der Kreis Bergstraße muss sich deshalb mit Themen wie Elektromobilität und
33 alternativen Antriebssystem beschäftigen. Wir wollen einen Beitrag leisten, indem sowohl beim
34 eigenen Fuhrpark des Kreises Bergstraße als auch bei künftigen ÖPNV-Vergaben soweit möglich auf
35 Elektrofahrzeuge umgerüstet wird. Das Ziel ist es, Mobilität sowohl umwelt- als auch
36 menschenverträglich zu ermöglichen, zu optimieren und zu verlagern.

37 Wir benötigen für die Zukunft leistungsfähige Verkehrsträger mit einer hochwertigen, gut
38 ausgebauten und in ihrer Unterhaltung auch finanziell gesicherten Infrastruktur und Mobilität aus
39 einem Guss, bei der sich die jeweiligen Verkehrsträger sinnvoll ergänzen.

40

1 **Konzeptionslose Politik der schwarz-grünen Regierungen in Hessen und im Kreis Bergstraße**

2 Falsche Anreize, das Fehlen von Prioritäten bei der Infrastruktur sowie das konzeptionslose Agieren
3 in der Verkehrspolitik haben in Hessen dazu geführt, dass es einen Sanierungsstau bei Straßen und
4 Schiene in Milliardenhöhe gibt. Der schwarz-grünen Landesregierung gelingt es nicht, diesen
5 Sanierungsstau zeitnah aufzulösen.

6 Dadurch werden der Zusammenhalt und die Vernetzung der hessischen Regionen und die
7 wirtschaftliche Entwicklung gefährdet. Die Landesregierung investiert nicht nur zu wenig in den
8 Straßenbau, sondern verweigert auch eigene Landesmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr.

9 Auch die schwarz-grüne Koalition im Kreis Bergstraße hat erstaunlich wenig getan, um aus eigener
10 Initiative heraus Mobilitätsprojekte voranzubringen. Gerade vor dem Hintergrund der Beteiligung der
11 Grünen in dieser Koalition muss dies erstaunen – eine grüne Handschrift für eine ökologische
12 Verkehrswende: Fehlanzeige!

13

14 **Integrierte Verkehrspolitik für die optimale Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger**

15 Der Kreis Bergstraße benötigt endlich eine integrierte Verkehrspolitik, bei der die unterschiedlichen
16 Anforderungen für Straßen- und Schieneninfrastruktur, für motorisierten Individualverkehr und
17 öffentlichen Personennahverkehr zusammen gedacht und geplant werden. Dafür muss ein
18 Verkehrsentwicklungsplan aufgestellt werden, der klare verkehrspolitische Ziele benennt und die
19 Prioritäten einer Umsetzung ordnet.

20 Zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Verkehrswende gehört die Steigerung der Lebensqualität
21 – sowohl für Verkehrsteilnehmer als auch betroffene Anwohner. Staus müssen vermieden, das
22 Verkehrsaufkommen sinnvoll verlagert oder verringert werden. Die Ortsumgehungen Lampertheim-
23 Rosengarten (B47) sowie die Ortsumgehung Mörlenbach (Fortführung B38a) sind endlich
24 umzusetzen.

25 Sinnvolle Straßenbaumaßnahmen, die Sanierung der Kreisstraßen und der angemessene Einsatz von
26 Kreiseln an Knotenpunkten sind genauso nötig wie ein leistungsstarkes, attraktives und kreisweit
27 flächendeckendes Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs, der auch von Land und Bund mit
28 den notwendigen Mitteln ausgestattet wird.

29 Unterschiedliche Verkehrsträger wollen wir stärker verzahnen und so das Umsteigen von einem
30 Verkehrsträger auf den anderen vereinfachen. Immer mehr Menschen setzen auf eine Kombination
31 aus eigenem Auto oder Carsharing, Fahrrad und Bus bzw. Bahn. Eine nachhaltige Verkehrspolitik
32 muss die Vorteile unterschiedlicher Verkehrsträger optimal nutzen und vernetzen. Wir unterstützen
33 den weiteren Ausbau von Park-and-Ride- und Bike-and-Ride-Parkplätzen. Wir werden die Mitnahme
34 von Fahrrädern im öffentlichen Personennahverkehr erleichtern. Wir wollen auch in kleineren
35 Städten und Gemeinden im Kreis Anreize für Carsharing-Angebote setzen.

36 Für den Fall des Baus einer ICE-Neubautrasse entlang der A 67 muss der Kreis Bergstraße auch
37 weiterhin die Interessen der Region vertreten und entschieden dafür eintreten, dass die
38 Streckenführung keine unzumutbaren Belastungen für Mensch und Umwelt bringen darf. Im Einklang
39 mit Beschlüssen und Resolutionen des Kreistages sowie der betroffenen Städte und Gemeinden
40 fordern wir weiterhin eine möglichst weitgehende Bündelung mit der A 67 nach Süden. Von dieser

1 gebündelten Trassenführung darf frühestens südlich des Knotenpunktes mit der L 3110 abgewichen
2 werden. Die Realisierung des geforderten langen bergmännischen Tunnels ist vor allem vor dem
3 Hintergrund des zu erwartenden Güterverkehrs unverzichtbar.

4 Von der Neubaustrasse dürfen die Menschen im Kreis Bergstraße nicht nur die Lasten tragen, sondern
5 müssen davon auch profitieren können. Wir wollen sicherstellen dass es zu keiner Verlagerung des
6 vorhandenen Fernverkehrs mit Halt in Bensheim, Heppenheim und Weinheim auf die Neubaustrecke
7 kommt. Um die für Wirtschaft und Tourismus sowie die Beschäftigten wichtige Anbindung des
8 Kreises Bergstraße an den internationalen Flughafen Frankfurt zu gewährleisten, unterstützen wir
9 eine leistungsfähige Verknüpfung der Neubaustrecke mit dem vorhandenen Bestandsnetz am
10 Hauptbahnhof Darmstadt.

11 **Der „Kreis Bergstraße im Halbstunden-Takt“: Für einen starken öffentlichen Nahverkehr in Bus und** 12 **Bahn**

13 Viele Menschen wollen gerne statt des eigenen Autos mit Bus und Bahn mobil sein. Doch damit der
14 öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) wirklich
15 konkurrieren können, muss ein leistungsstarkes, attraktives und kreisweit flächendeckendes Angebot
16 vorhanden sein.

17 Dazu gehört die Umsetzung des Prinzips „Kreis Bergstraße im Halbstundentakt“, d.h. verlässlich alle
18 halbe Stunde kommt ein Bus oder eine Bahn. Kreisweit ist ein integraler Taktfahrplan zu realisieren
19 (Umsteigen – dort wo nötig – ohne Wartezeit). Vorhandene Taktlücken sind zu schließen,
20 Kapazitätsengpässe sind zu beseitigen. Dort, wo sich der Halbstundentakt aus wirtschaftlichen
21 Gründen nicht sinnvoll realisieren lässt, wollen wir mit den Städten und Gemeinden ein flexibles
22 Angebot wie den Anruf- oder Flexibus einführen, um die gleichen Qualitäts- und Angebotsstandards
23 wie bei einem normalen vertakteten Linienbetrieb nach Fahrplan sicherzustellen.

24 Die S-Bahn Rhein-Neckar ist eine Erfolgsgeschichte, deren zweite Ausbaustufe mit der Anbindung des
25 Kreises Bergstraße längst überfällig ist. Gleiches gilt für das neue Konzept für den Main-Neckar-
26 Express von Frankfurt (über Zwingenberg, Auerbach, Bensheim, Heppenheim) nach Heidelberg und
27 Mannheim bzw. für den Regionalexpress auf der Riedbahn von Frankfurt (über Groß-Rohrheim,
28 Biblis, Bürstadt, Lampertheim) nach Mannheim. Beide Maßnahmen bilden das zentrale Rückgrat des
29 öffentlichen Nahverkehrs im Kreis Bergstraße, bei deren Umsetzung es zu keinen weiteren
30 Verzögerungen kommen darf.

31 Trotz bereits heute hoher Verkehrsnachfrage und entsprechend überfüllter Züge bestehen auch
32 weiterhin Angebotslücken im Übergang zum Rhein-Main-Verkehrsverbund zwischen Bensheim und
33 Zwingenberg in Richtung Darmstadt und Frankfurt sowie zwischen Biblis und Groß-Rohrheim in
34 Richtung Groß-Gerau und Frankfurt. Diese sind so zu schließen, dass zwischen den beiden
35 Metropolregionen Rhein-Neckar und Rhein-Main der Halbstundentakt durchgängig realisiert ist und
36 Bergsträßer Fahrgäste gleichermaßen mit schnellen Verbindungen nach Norden wie Süden reisen
37 können.

38 Für die beiden Strecken auf der Nibelungenbahn (Bensheim über Lorsch, Bürstadt und Hofheim nach
39 Worms) und Weschnitztalbahn (Fürth über Rimbach, Mörlenbach und Birkenau nach Weinheim)
40 wurden bereits zum aktuellen Fahrplanwechsel neue Fahrzeuge und ein verbesserter Fahrplan
41 eingeführt. Doch ist es den Fehlentscheidungen der CDU-geführten Koalitionen zu verdanken, dass

1 auf beiden Strecken eine sinnvolle Einbindung in das S-Bahn-Netz für lange Zeit nur schwer machbar
2 sein wird.

3 Investitionen in eine bessere Infrastruktur könnten jedoch mit verhältnismäßig geringem Aufwand
4 effizientere Betriebskonzepte ermöglichen, durch die beide Bahnen deutlich attraktiver würden. So
5 wollen wir z.B auf der Weschnitztalbahn bei gleichem Fahrzeugeinsatz zusätzliche Haltestellen und
6 ganztägig durchgängige und schnelle Direktverbindungen nach Mannheim realisieren. Auch die
7 Möglichkeiten für die langfristige Nutzung und Einbindung der Überwaldbahn in ein modernes
8 Nahverkehrskonzept müssen geprüft werden.

9

10 **Optimale Organisation und Planung unseres Nahverkehrsangebotes**

11 Der Kreis Bergstraße liegt an der Grenze der beiden Verkehrsverbünde Rhein-Neckar (VRN) und
12 Rhein-Main (RMV). Solange eine vom Kreis geforderte Fusion beider Verbünde nicht realisiert ist,
13 werden wir die verstärkte Zusammenarbeit von VRN und RMV forcieren. Verbundgrenzen dürfen
14 keine Mobilitätsgrenzen für die Fahrgäste darstellen. Wir wollen deshalb Lücken im Verkehrsangebot
15 und tarifliche Hürden abbauen, ein gemeinsames Marketing, Informationsangebote und
16 Ansprechpartner sowie gemeinsame Verkaufs- und Vertriebsangebote einführen. Nach dem Vorbild
17 des RMV unterstützen wir die Einrichtung von Mobilitätszentralen bzw. Informationsstellen im Kreis
18 Bergstraße für eine bestmögliche Mobilitätsberatung und Vernetzung der unterschiedlichen
19 Angebote.

20 Wir brauchen dauerhaft mehr Einfluss auf die Gestaltung unseres eigenen Angebotes und müssen
21 sicherstellen, dass die Interessen des Kreises Bergstraße und seiner 22 Städte und Gemeinden
22 sowohl gegenüber dem VRN als auch dem RMV, dem Land Hessen und den Verkehrsunternehmen
23 sowie weiteren Aufgabenträgern des ÖPNV optimal vertreten werden. Wir wollen deshalb die
24 Organisation und Planung unseres Nahverkehrs näher an die Menschen bringen und dafür eine
25 eigene Nahverkehrsgesellschaft gründen, um so zu gewährleisten, dass der Nahverkehr im Kreis
26 Bergstraße unseren Anforderungen auf bestmögliche Weise entspricht.

27 Um Anregungen, Beschwerden und Fahrgastwünsche künftig angemessen zu berücksichtigen werden
28 wir einen Nahverkehrs- bzw. Fahrgastbeirat einrichten. Über einen Städte- und Gemeindebeirat
29 wollen wir die Interessen und Belange aller Kommunen im Kreis sicherstellen. Der aktuelle
30 Nahverkehrsplan 2014 bis 2018 ist mit Blick auf unsere Zielsetzungen zu überarbeiten und für die
31 Folgejahre neu aufzustellen.

32

33 **Für ein attraktives und flächendeckendes Mobilitätsangebot im Kreis Bergstraße**

34 Immer mehr Städte und Gemeinden sind – bedingt durch den demografischen Wandel – mit
35 besonderen Herausforderungen konfrontiert. Mobilität ist auch ein Motor von Wirtschafts- und
36 Beschäftigungspolitik im ländlichen Raum. Für viele Unternehmen, Arbeitnehmer sowie junge
37 Familien entscheiden Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsangebot über die Attraktivität des Wohn-
38 und Standortes. Wir wollen alle 22 Kommunen darin unterstützen, ihren Bürgerinnen und Bürgern
39 auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Mobilität zu ermöglichen.

1 Ein gutes Mobilitätsangebot ist ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Viele
2 ältere Menschen können kaum noch unabhängig einkaufen, Arzttermine wahrnehmen oder am
3 kulturellen Leben ihrer Gemeinde teilnehmen; sie sind oft regelrecht von gesellschaftlicher Teilhabe
4 abgeschnitten. Für viele jüngere Menschen sind lange und umständliche Reisewege zum Job oder zu
5 den Freizeitangeboten in den Städten ein wesentlicher Grund, ihre Heimatstadt oder Gemeinde zu
6 verlassen.

7 Der Kreis Bergstraße braucht deshalb ein attraktives und flächendeckendes Mobilitätsangebot – auch
8 in vermeintlich kleineren Orten. Der barrierefreie Ausbau der Infrastruktur muss weiter
9 vorangetrieben und unterstützt werden. Der aktuelle Nahverkehrsplan der schwarz-grünen Koalition
10 im Kreis Bergstraße sieht eine Grundversorgung von lediglich 15 Fahrten pro Woche als öffentliche
11 Daseinsvorsorge vor. Das ist völlig inakzeptabel. Wir wollen mit modernen Mobilitätskonzepten
12 sicherstellen, dass auch in kleineren Orten ein attraktives Angebot zur Verfügung steht.

13 Wir wollen gemeinsam mit den Städten und Gemeinden sowie den Verkehrsunternehmen
14 alternative Mobilitätsangebote wie den Anrufbus bzw. Flexibus etablieren sowie Konzepte für
15 Bürgerbusse initiieren und unterstützen, um über solche flexiblen Bedienformen und Nahbussysteme
16 eine feingliedrige Erschließung aller Wohngebiete mit einem attraktiven Angebot sicherstellen zu
17 können.

18 Dazu gehört auch ein Angebot in den späteren Abendstunden und am Wochenende. Wir werden ein
19 Konzept für einen funktionierenden Nachtverkehr erarbeiten, damit es auch zu solchen Zeiten
20 möglich ist, mit Hilfe der öffentlichen Verkehrsmittel an sein Ziel und wieder zurückzukommen.

21

22 **Radverkehr als attraktive und umweltfreundliche Alternative zum Auto fördern**

23 Radfahren ist preiswert, umweltfreundlich und gesund. Für viele Menschen ist das Fahrrad
24 selbstständiger Verkehrsträger oder Teil einer Mobilitätskette aus z.B. Fahrrad, Bus und Bahn. Auch
25 durch die Verbreitung von E-Bikes und Pedelecs wird der Radverkehr selbst auf mittellangen oder
26 schwierigeren Strecken eine echte, attraktive und umweltfreundliche Alternative zum Auto. Wir
27 wollen einen fahrradfreundlichen Kreis Bergstraße und werden deshalb Strategien zur Stärkung des
28 Radverkehrs umsetzen.

29 Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden wollen wir den weiteren Ausbau des Radwegenetzes
30 unterstützen, vorhandene Lücken schließen, Beschilderungskonzepte ausbauen und vereinheitlichen
31 sowie Informationsangebote stärken. Bei baulichen Maßnahmen ist auf die Berücksichtigung des
32 Radverkehrs zu achten. Die Sicherheit für Radfahrer auf den Straßen und Wegen wollen wir
33 bedarfsgerecht verbessern, die Verfügbarkeit sicherer Abstellmöglichkeiten sowie von Parkboxen
34 und Fahrradständer weiter ausbauen und die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln
35 erleichtern. Um den sanften Tourismus zu stärken und die Attraktivität des Kreises Bergstraße noch
36 weiter zu steigern, werden wir gezielte Angebote für den Fahrradtourismus erleichtern und
37 unterstützen.

38

39

40

1 **Unsere Politik für Gesundheit und bürgernahe medizinische Versorgung – für** 2 **den gesamten Kreis Bergstraße!**

3 Eine qualitativ hochwertige, bürgernahe Gesundheitspolitik und damit die Sicherstellung einer
4 flächendeckenden medizinischen und ärztlichen Versorgung in allen 22 Städten und Gemeinden des
5 Kreises Bergstraße müssen zu einem zentralen Schwerpunkt kommunaler Politik werden. Gesundheit
6 ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Gemeinwohls.

7 Ziel einer sozialdemokratisch geprägten kommunalen Gesundheitspolitik ist die dauerhafte
8 Gewährleistung eines guten und für alle Städte und Gemeinden wohnortnahen Angebots in der
9 Gesundheitsversorgung und der Pflege. Dafür benötigen wir insbesondere die stärkere
10 Berücksichtigung lokaler und regionaler Besonderheiten und die Entwicklung zukunftsfester
11 Versorgungsstrukturen in der Fläche durch eine kleinteiligere, regional und sektoral stärker vernetzte
12 Bedarfsplanung. Möglich wird dies nur durch eine aktive und stark vernetzte Zusammenarbeit aller
13 Akteure.

14 Zum dauerhaften Erhalt und Ausbau eines flächendeckenden und hochwertigen Angebots an
15 Leistungen der Gesundheitsversorgung und Pflege müssen die kommunalen Einfluss- und
16 Gestaltungsmöglichkeiten sachgerecht erweitert werden. Insbesondere bei der Bedarfsplanung und
17 bei der durch immer komplexer werdende Leistungsangebote notwendigen Beratung der
18 Versicherten und ihrer Angehörigen sind Städte und Gemeinden sowie der Kreis stärker zu
19 beteiligen.

20 Eine bedarfsgerechte, an demografische Entwicklungen angepasste Versorgungssteuerung kann nur
21 in enger Kooperation mit kommunalen Entscheidungsträgern gelingen. Der aktuelle Zustand, wonach
22 der Kreis Bergstraße in den Statistiken der kassenärztlichen Vereinigungen zwar als gut versorgt gilt,
23 die ungleichen Verteilungen und damit die Unterversorgung ganzer Städte und Regionen bei
24 gleichzeitiger Überversorgung anderer Regionen im Kreis nicht berücksichtigt werden, kann nicht
25 länger hingenommen werden.

26

27 **Wettbewerb auf Kosten der Patienten vermeiden – Zusammenarbeit stärken**

28 Ein Wettbewerb, der auf Kosten der Patienten geht und die Versorgungsmöglichkeiten in der Fläche
29 als auch das qualitative Angebot innerhalb der Krankenhausstrukturen selbst verschlechtert, muss
30 unbedingt vermieden werden. Die verschiedenen Krankenhäuser der Region müssen nicht im
31 Wettbewerb gegeneinander stehen, sondern können sich gegenseitig ergänzen.

32 Dabei muss keiner der bisherigen Standorte in Frage gestellt werden. Wir setzen uns mit aller Kraft
33 für den Erhalt des Luisenkrankenhauses ein, da eine stationäre Gesundheitsversorgung in Lindenfels
34 von zentraler Bedeutung für die medizinische Versorgung im Odenwald ist und nur so
35 funktionierende Strukturen erhalten und auch die ambulante Versorgung der Region gestärkt
36 werden können.

37 Entscheidend ist die Stärkung des eigenen, kommunalen Einflusses bei der Sicherung von Standorten
38 und Versorgungsstrukturen und bei der Organisation von Gesundheits- und Pflegedienstleistungen
39 sowie die Entwicklung personeller, organisatorischer und finanzieller Voraussetzungen, damit
40 zusätzlichen Gestaltungsmöglichkeiten auch wahrgenommen und gegen kassenärztliche und

1 landespolitische Interessen durchgesetzt werden können. Entscheidungsprozesse, die den
2 Gesundheits- und Pflegebereich im Kreis Bergstraße betreffen, müssen daher mit öffentlichem
3 Einfluss gesteuert und moderiert werden.

4 Unser Ziel ist die dauerhafte Sicherung einer flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und
5 bezahlbaren Gesundheitsinfrastruktur, der Aufbau eines leistungsfähiges Netzwerkes aller
6 Gesundheitseinrichtungen und damit die verstärkte Zusammenarbeit aller Akteure im Bereich der
7 Gesundheit und der Pflege. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Krankenhäuser, die sich verstärkt zu
8 Gesundheitszentren entwickeln müssen und die Stärkung einer gerechten, bedarfsorientierten und
9 flächendeckenden Verteilung an Haus- und Facharztpraxen. Die wichtigsten Einrichtungen müssen
10 wohnortnah und schnell erreichbar sein.

11 Wir unterstützen Maßnahmen und Modelle, die die Übernahme einer Praxis im ländlichen Raum für
12 junge Ärztinnen und Ärzte durch flexible und unbürokratische Rahmenbedingungen attraktiver
13 machen. Dort, wo die Ärzteversorgung akut gefährdet ist, initiieren und fördern wir den Aufbau von
14 medizinischen Versorgungszentren. Aufgabe dieser Gesundheits- bzw. Ärztehäuser wird es sein, die
15 Grundversorgung auch in kleineren Städten und Gemeinden dauerhaft sicherzustellen.

16 Wir werden als Kreis Bergstraße mindestens zweimal im Jahr zu einer regionalen
17 Gesundheitskonferenz einladen, um alle wichtigen Weichenstellungen zu koordinieren. Auch in den
18 einzelnen Städten und Gemeinden selbst müssen lokale Netzwerke gebildet werden, um eine gute
19 flächendeckende Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

20 Wir wollen Allgemeinmediziner und Kinderärzte stärken. Gemeindegewest-Modelle wie VeraH
21 (Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis) oder AGnES (Arztentlastende, Gemeinde-nahe, E-
22 Healthgestützte, Systemische Intervention) sind Modelle, die flächendeckend für den ambulanten
23 Bereich eingeführt werden können und so zur Stabilisierung lokaler Gesundheitsnetzwerke beitragen
24 können.

25 Auch die Hospiz- und Palliativversorgung ist in das Netzwerk einzubinden. Die wichtige Arbeit der
26 Hospiz-Vereine wollen wir unterstützen.

27

28 **Strategien für Pflege, Prävention und Gesundheitsförderung**

29 Moderne Gesundheitspolitik erfordert Strategien für die Pflege, Prävention und
30 Gesundheitsförderung. Wir werden konkrete Projekte in enger Abstimmung mit den
31 niedergelassenen Ärzten und ambulanten Einrichtungen aufbauen bzw. weiterentwickeln und zu
32 einem Gesundheits- und Pflegekonzept zu verknüpfen, das auch einen maßgeblichen Beitrag für den
33 Erhalt der Lebensqualität in Städten, Gemeinden und in der Region leisten kann.

34 Um die Pflege zu stärken, sollen die Kompetenzen der Pflegeberufe ausgebaut und die
35 Zusammenarbeit mit den Ärzten und anderen Gesundheitsdienstleistern verbessert werden.

36 Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine erfolgreiche Präventionsarbeit enthält
37 neben dem medizinisch-pflegerischen Bereich als Teil der Gesundheitsversorgung auch einen
38 Bildungsauftrag. Kindertagesstätten, Schulen, Berufsausbildung, Sportvereine und Selbsthilfegruppen
39 sind frühzeitig in entsprechende Projekte einzubinden.

1 Damit in allen Städten und Gemeinden eine Grundversorgung gewährleistet werden kann, brauchen
2 wir adäquate Versorgungs- und Transportsysteme mit angemessener Qualifikation der
3 Rettungskräfte. Hierzu ist u.a. die flächendeckende Etablierung von First-Responder-Systemen
4 (Helfer vor Ort) nötig, um das therapiefreie Intervall bei Notfällen zu verkürzen.

5 Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Kreis Bergstraße ein unabhängiger medizinischer Dienst
6 eingerichtet wird. Ein solcher neutraler Dienst ist dem Gesundheitsamt zuzuordnen und soll neben
7 Beratungs- und Begutachtungsaufgaben auch die Gesundheitskonferenz organisieren.

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

1 **Innovation, Wirtschaft, Arbeit**

2 **Wirtschaft: Mittelstand stärken und Wirtschaft fördern**

3 Für die SPD ist Kommune mehr als die Verwaltung von Mangel gemessen in Soll und Haben. Weiche
4 Standortfaktoren wie Schwimmbäder, Volkshochschulen oder Musikschulen müssen gestärkt und
5 erhalten werden. Der Kreis muss für Fachkräfte und ihre Familien ein attraktiver Wohnstandort sein.
6 Dazu gehört ein entsprechendes Angebot an Freizeitgestaltung und Weiterbildung. Arbeit und Leben
7 müssen auch hier vor Ort besser verzahnt werden: Darum sollte bei der räumlichen Entwicklung von
8 Gewerbegebieten im Besonderen darauf geachtet, arbeitsplatznah eine Kinderbetreuung anzubieten.

9 Wir stehen für das Zusammenwachsen der Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar. Der
10 Kreis Bergstraße übernimmt dabei als Scharnier zwischen beiden Regionen eine Schlüsselrolle.
11 Hierbei soll ein Zusammenwachsen zuerst über eine vertiefte Zusammenarbeit der
12 Verkehrsverbünde konkret spürbar werden.

13 Der Kreis ist eine Auspendlerregion. Menschen wohnen hier und fahren zur Arbeit in die Oberzentren
14 Mannheim, Frankfurt und Heidelberg. Dies erfordert einerseits gute Verkehrsverbindungen in diese
15 Zentren, andererseits gilt es, dieses Image zu korrigieren und Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen.

16 Der Mittelstand nimmt im Kreis eine prägende Rolle ein. Daher möchten wir ihn bei
17 Auftragsvergaben beispielsweise des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft weiter besonders fördern.
18 Eine zentrale Rolle spielt für uns auch die Energiewende: Sie ist für Unternehmen im Sektor der
19 Erneuerbaren Energien ein echter Konjunkturmotor, den wir nutzen möchten. Ökonomie und
20 Ökologie sind für uns kein Widerspruch. Wir wollen gerade die dezentrale Energiewende
21 voranbringen, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung vor Ort zu erreichen und zu halten.

22 Gemeinsam mit der IHK möchten wir für Betriebe und auch Verwaltungen mit einem
23 Mobilitätsmanagement Wege zur Arbeit und nach Hause für die Mitarbeiter umweltschonend und
24 kostengünstig aufzeigen und beratend tätig werden.

25 Die Wirtschaftsförderung des Kreises Bergstraße soll insbesondere in Fragen der Gründungsberatung
26 verstärkten Service bieten. Zur Verschlinkung von Verwaltungsabläufen im Umgang mit der
27 Wirtschaft soll klar getrennt werden: Welche Aufgaben übernehmen lokale Wirtschaftsförderer, wo
28 kann die kreiseigene Gesellschaft anpacken? Messen wie den Bergsträßer Business-Tag zur besseren
29 Vernetzung und zu Zwecken des B-2-B-Marketings möchten wir forcieren. Eine starke
30 Wirtschaftsförderung, die Unternehmensansiedlungen akquiriert und den Bestand pflegt, führt zu
31 steigenden kommunalen Einnahmen. Tourismus alleine reicht nicht aus, um die Zukunftsfähigkeit des
32 Odenwaldes sicherzustellen. Hier müssen ganze Branchen wie der Bereich der Energie oder
33 Gesundheit endlich ernst genommen und genutzt werden.

34

35 Wir stehen für eine starke digitale Infrastruktur: Mit der SPD wird es flächendeckenden
36 Breitbandausbau und einen kraftvollen Ausbau öffentlicher W-Lan-Hotspots geben. Ebenso müssen
37 wir die Herausforderung Industrie 4.0 anpacken. Digitalität wird mit Innovationen wie Smart-
38 Metering oder Smartgrid oder dem vernetzten Haus Alltag. Der Kreis Bergstraße muss hier
39 Innovationsregion werden. Gerade der Mittelstand kann von diesem Wandel profitieren.

40

1 **Tourismus: Grenzen überwinden**

2 Unser Kreis ist für Tagestouristen gerade entlang der Bergstraße und im Odenwald eine attraktive
3 Region. Im Tourismus darf es keine Kreisgrenzen mehr geben. Für die Kernzielgruppe Kurzurlauber,
4 Wanderer und Tagestouristen sind Kreisgrenzen irrelevant. Der Odenwald und die Bergstraße
5 müssen kreis- und länderübergreifend gemeinsam vermarktet werden. Hierbei nimmt der Geopark
6 eine Schlüsselrolle ein. Aber auch die Kooperation mit bestehenden Verbänden wie der
7 Tourismusverband „Die Bergstraße“ in Baden-Württemberg muss gestärkt werden.

8 Die Tourismusförderung muss gerade im Ried gestärkt werden. Wanderwege, Sehenswürdigkeiten
9 wie der Biedensand oder die Burg Stein müssen stärker in den Fokus der Vermarktung rücken.

10 **Arbeit: Gute Arbeit sichert Zukunft**

11 Die SPD steht wie keine andere Partei für gute Arbeit: Wir bekennen uns daher für die
12 Auftragsvergabe des Kreises ausdrücklich zur Tariftreue und fordern die Kreisspitze auf, sich auf für
13 das Land Hessen für ein echtes Tariftreue- und Vergabegesetz einzusetzen.

14 Die Arbeitslosenquote im Kreis ist niedrig. Sie liegt bei knapp unter 5 Prozent. Große
15 Herausforderung wird allerdings in nächster Zukunft die Integration von Flüchtlingen in den
16 Arbeitsmarkt sein. Hier ist das kommunale Jobcenter „Neue Wege“ im Besonderen gefordert. Es
17 müssen unbürokratische Hilfen her, um möglichst schnell Praktika und Arbeit vermitteln zu können.
18 Ebenso wichtig ist der schnelle Spracherwerb. Die zuletzt gestarteten Förderprogramme gehen daher
19 in die richtige Richtung. Verwaltungen sollen hier mit ihren Eigenbetrieben Vorbild sein und
20 Flüchtlinge bei sich in Lohn und Brot bringen. Es ist ein kurzer Draht der Jobcenter, der
21 Arbeitsagentur und der örtlichen ehren- und hauptamtlichen Beteuer nötig.

22

23

24

25

26

27